

AL-BAGHDADI: IST DER ANFÜHRER DES ISLAMISCHEN STAATES TOT?

Russischen Medienberichten zufolge wurde der Anführer des Islamischen Staats, Abu Bakr Al-Baghdadi, Ende Mai bei Luftangriffen auf die Islamistenhochburg Rakka getötet. Der meistgesuchte Terrorist der Welt, auf den die USA ein Kopfgeld von 25 Millionen Dollar verhängt hatten, operierte in der Regel aus dem Untergrund, nahm dem russischen Verteidigungsministerium nach allerdings Ende Mai an einem Treffen führender IS-Kommandeure teil. Gegenstand des Treffens sollen Pläne über mögliche Fluchtwege der Terroristen aus Rakka gewesen sein. Erst vor fünf Tagen wurde vermeldet, dass der IS die Kontrolle über die syrische Stadt verloren habe. Insgesamt sollen bei dem besagten Luftangriff über 300 Menschen getötet worden sein, davon 30 ranghohe Befehlshaber des Islamischen Staates.

Der Iraker Al-Baghdadi wurde mehrfach für tot erklärt, da seine letzte Audionachricht 2015 veröffentlicht wurde. Seitdem wurde es sehr still um den Machthaber und Mutmaßungen über eine schwere Erkrankung oder seinen Tod kamen auf. Bisher erwiesen sich die Spekulationen jedoch als falsch. Er sah sich selbst als Nachfolger des Propheten Mohammed und fungierte als Kalif in dem von der Terrormiliz ausgerufenen Kalifat.

KOMMENTAR

»EN MARCHE!«

Von Heino Wiese

Am Sonntag wird sich Präsident Macron die Macht im Parlament holen und sein Regierungsprogramm durchsetzen. Die Euphorie der Veränderung wird vieles möglich machen, was in den vergangenen Jahren unmöglich erschien. Natürlich wird es auch für Macron Hindernisse geben. Zum einen werden die Gewerkschaften und Verbände ihre Besitzstände wahren und mit Mitteln, die nur in Frankreich möglich sind verteidigen wollen. Aber Macron besitzt einen Vertrauensvorsprung, der es ihm ermöglicht, die Bremsen auszuweichen. Zum anderen wird er in seiner neuen Fraktion aber auch lernen müssen Kompromisse einzugehen und zu ertragen.

Im Detail einer Debatte wird vielen neuen, politisch unerfahrenen Abgeordneten erst klarwerden, dass der neue „Bürgerkönig“ Emmanuel nicht auf jede Einzelmeinung seiner Gefolgschaft Rücksicht nehmen kann. Aber auch hier ist der Wunsch nach Erfolg und Fortschritt in der Bevölkerung so groß, dass sich der „Marche“ nicht aufhalten lassen wird.

Wie aber will Macron Europa in Marsch setzen? Frau Merkel und Herr Schäuble sind eher für ihr Beharrungsvermögen bekannt und werden deutsche Besitzstände nicht preisgeben wollen. Und Sigmar Gabriel, der viele Themen genau wie Macron beurteilt, wird nach der Wahl wahrscheinlich nicht mehr Außenminister sein, wenn es Martin Schulz nicht gelingt, die Menschen in Deutschland für seine Politik zu mobilisieren. Wo ist sein Projekt, die Deutschland in Bewegung oder „en marche“ versetzt?

BUNTES AUS BERLIN

BANKSY-AUSSTELLUNG IN BERLIN - WENN AUS GRAFFITI KUNST WIRD



Banksy, der weltbekannteste Streetartist, hat mit seinem schwarzen Humor und politischen Botschaften in modernen Graffitis häufiger für Aufsehen gesorgt. Dass bisher jedoch niemand seine Identität kennt, liegt daran, dass der Künstler sich nie in seiner Rolle der Öffentlichkeit zeigt.

Mal kritisiert er die Israels Umgang mit Palästina, mal greift er soziale Themen auf, aber bleibt stets pointiert in seinen Botschaften. Mittlerweile versuchen viele andere Künstler ihn nachzuahmen.

Nun werden zwischen dem 16. Juni und dem 15. September die berühmtesten Werke von Banksy im Club Felix (Behrenstraße 72, 10117 Berlin) ausgestellt - natürlich ohne Teilnahme des Künstlers.

Der Eintritt für die Ausstellung kostet 19,75€, ermäßigt 17€.

IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

EINHEITLICHES SICHERHEITSNIVEAU IN ALLEN LÄNDERN SCHAFFEN

Foto: Henning Schacht - Berlinpressphoto



Von Stephan Meyer MdB (CSU), innenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion CDU/CSU

Die Forderung des bayerischen Staatsministers des Innern Joachim Herrmann, die sogenannte Schleierfahndung endlich auch in den Ländern Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen einzuführen, ist voll und ganz berechtigt. Die Schleierfahndung ist angesichts der in Europa grundsätzlich offenen Grenzen ein unverzichtbares Instrument, um die Einreise

von Terroristen, Kriminellen und illegalen Einwanderern in unser Land zu verhindern.

Diese Forderung verdeutlicht erneut, wie unterschiedlich das Sicherheitsniveau in Deutschland ausgeprägt ist. Sei es aus veraltetem ideologischem Denken oder falscher Rücksichtnahme: nach wie vor verfügen nicht alle Polizeien der Länder über die erforderlichen Ermittlungsinstrumente. Dies gilt nicht nur für die Schleierfahndung, sondern auch für die Telekommunikationsüberwachung einschließlich der sogenannten Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Online-Durchsuchung. Die uniongeführten Länder, allen voran Bayern, sind auch im Bereich der Inneren Sicherheit Motor und Taktgeber zugleich.

Der Bund und alle Länder gemeinsam tragen eine Verantwortung für die Bürger unseres Landes. Die Schwäche eines einzelnen Landes kann sich dabei, wie der Fall des Anschlages von Berlin tragisch gezeigt hat, auf die Sicherheit Deutschlands insgesamt auswirken.

TRUMP DEMENTIERT VORWÜRFE DER JUSTIZBEHINDERUNG

Wie die Washington Post berichtete, soll der Ermittler des US-Justizministeriums, Robert Mueller, nun auch persönlich gegen Präsident Donald Trump wegen Justizbehinderung ermittelt.

Hintergrund ist die Entlassung des ehemaligen Sicherheitsberaters Michael Flynn, der dem russischen Botschafter in den USA bei einem informellen Gespräch Lockerungen bei der Sanktionspolitik in Aussicht gestellt hatte. Flynn, der die Unwahrheit diesbezüglich gesagt hatte, wurde daraufhin entlassen.

Die nächste Eskalationsstufe wurde erreicht, als FBI-Direktor James Comey entlassen wurde und unter Eid aussagte, dass Trump ihn in einem Vier-Augen-Gespräch explizit darum gebeten habe, die Untersuchungen gegen Flynn - damals noch im Amt - fallen zu lassen.

MISSVERSTANDENE SZYDLO? POLENS MINISTERPRÄSIDENTIN IRRITIERT IN AUSCHWITZ

Polens Ministerpräsidentin Beata Szydlo sorgte nach ihrer Rede bei einer Gedenkfeier im früheren NS-Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau für Irritation. Die Politikerin erklärte, dass am Beispiel des Konzentrationslagers klar sein würde, dass "alles getan werden muss, um die Sicherheit und das Leben unserer Bürger zu verteidigen".

Kritiker werfen der PiS-Politikerin vor, die Gedenkfeier für ihre politischen Ziele gegen Einwanderung und den Flüchtlingszuzug zu nutzen.

Nun wird infolge dieser Ereignisse ebenfalls gegen Trump ermittelt. Dieser ließ über seinen Anwalt mitteilen, dass es sich bei den Vorwürfen um haltlose Lügen handeln würde. Der Präsident twitterte, dass es sich um die "größte Hexenjagd in der politischen Geschichte Amerikas" handeln würde.

Er sieht einen Komplott von den Demokraten gegen sich - diese sollen versucht haben, eine zweifelhafte Verbindung zu Russland während des Wahlkampfes zu belegen. Trump merkte sarkastisch an, dass aus Mangel an Beweisen nun versucht würde, ihm ein weiteres Fehlverhalten anzulasten.

Sollten die Ermittlungen Beweise, dass Trump die Justiz bei ihrer Arbeit behindert hat, wäre ein Amtsenthebungsverfahren vor dem Kongress möglich.

Polen verweigerte gegenwärtig die von der EU beschlossenen Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten. Eines der Hauptargumente, das Szydlo dabei aufführt, sind die Sicherheitsbedenken für die polnische Bevölkerung.

Die Ministerpräsidentin wehrt sich gegen die Kritik - ihre Aussagen seien mutwillig aus dem Kontext gerissen worden. Sie wolle den Heldenmut der polnischen Bevölkerung zu der Zeit des Zweiten Weltkrieges hervorheben sowie die Leiden und das Grauen der Opfer betonen.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

SCHULZ BEIM SPD-WIRTSCHAFTSFORUM: AUF TUCHFÜHLUNG MIT DER INDUSTRIE

An diesem Dienstag fand die zweite Jahreskonferenz des Wirtschaftsforums der SPD statt. Bei der hochkarätig besetzten Veranstaltung waren nicht nur Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, Außenminister Sigmar Gabriel und Dr. Peter Bartels aus dem Vorstand von PwC dabei, sondern auch Kanzlerkandidat Martin Schulz.

Dieser erhielt zunächst in der Eingangsrede vom Präsidenten des Wirtschaftsforums, Michael Frenzel, die Absage an die Linke und die Empfehlung für die Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen.

Anschließend forderte BDI-Präsident Prof. Dieter Kempf mehr Zugeständnisse an die Wirtschaft von Schulz - mehr Investitionen in Innovation und die Entlastung von Unternehmen dürfen nicht vergessen werden, betonte er.

Schulz, der bisher in der Kritik stand, primär das Thema der Gerechtigkeit zu besetzen, entschied sich dafür, seine Rede nicht zu halten und spontan auf die Anmerkun-

gen und Forderungen seiner Vorredner zu reagieren. Er entgegnete den Forderungen nach der Sicherung zukünftiger Fachkräfte mit einem Bildungspakt, der auch für die duale Ausbildung gelten soll. Mehr Investitionen in zukunftsträchtige Branchen sollen gewährleisten, dass Deutschland weiterhin kompetitiv bleiben kann.

Ferner betonte Schulz die Relevanz des europäischen Binnenmarktes. Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments sieht Deutschland in der Pflicht, diesen aufrecht zu halten, um den Handel hochwertiger Produkte zu gewährleisten.

Nicht nur Schulz, sondern auch die anderen anwesenden SPD-Politiker distanzieren sich von akuten Forderungen nach einer Grundsicherung und betonen, dass das Leistungsprinzip gewahrt werden solle, die Entlastung des Mittelstandes vordergründig sei, aber auch Aufstiegsmöglichkeiten in Deutschland dringend ausgebaut werden müssten.

ZAGHAFTER OPTIMISMUS BEI DEN AIR-BERLIN-AKTIONÄREN

Am Mittwoch lud die hoch verschuldete Fluglinie Air Berlin nach London zur Hauptversammlung ein. Der finanziellen Krise zum Trotz, sei die Stimmung allerdings nicht von Skepsis und Misstrauen bestimmt gewesen, sondern von Optimismus und Hoffnung.

Konzernchef Thomas Winkelmann, der erst seit vier Monaten in seiner Position ist, verspricht den Aktionären schwarze Zahlen im operativen Geschäft bis zum Ende des Jahres. Vor allem das dritte Quartal um die

Sommerferien sei entscheidend. Die Geldgeber vertrauen ihm, glauben an seinen Plan, das Unternehmen zu stärken.

Knapp 30% von Air Berlin gehören dem arabischen Konzern Ethiad - dieser bewahrte die zweitgrößte deutsche Airline bisher vor der finanziellen Katastrophe. Deutschlands führende Fluggesellschaft Lufthansa hat bereits Interesse an einer Übernahme Air Berlins bekundet - jedoch ohne Betriebschaft die bisherigen Schulden zu tilgen.

SOLARSTROM WIRD BILLIGER, EEG-UMLAGE KOSTET NOCH

Es sei die deutlichste Preissenkung bei Ausschreibungen für Photovoltaikanlagen, erklärte Netzagentur-Vizepräsident Peter Franke. Zum ersten Mal hat nämlich der Preis pro Kilowattstunde für Sonnenstrom den Wert von 6 Cent unterschritten.

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft, Carsten Körnig,

betont, dass der neue Preisrutsch der Beweis dafür sei, dass das Preis-Leistungs-Verhältnis für Photovoltaik gut ist und somit die Deckelung des Ausbaus der erneuerbaren Energie in diesem Bereich keinen Sinn ergeben würde.

Bei den Verbrauchern kommen die Preise wegen der EEG-Umlage noch nicht an.

PERSONALIEN

GROSCHKE ZUM NEUEN VORSITZENDEN DER SPD NRW GEWÄHLT

Der bisherige Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Michael Groschke (60), ist am 10. Juni auf einem Landesparteitag zum neuen Landesvorsitzenden der SPD Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Er erhielt 85,9 Prozent der Stimmen. Die scheidende Ministerpräsidentin Hannelore Kraft war nach dem schlechten Abschneiden der SPD bei der Landtagswahl am 14. Mai von ihren Ämtern zurückgetreten. Als neue Generalsekretärin wurde Svenja Schulze mit 68,9 Prozent der Stimmen gewählt.

ALTMAIER FÜHRT LANDESLISTE DER CDU SAAR

Peter Altmaier (58, CDU) ist am 6. Juni auf einem Landesparteitag der CDU Saar auf Platz eins der Landesliste zur Bundestagswahl 2017 gewählt worden. Er erhielt 98,8 Prozent der Stimmen. Auf Platz zwei und drei der Landesliste folgen die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Nadine Schön, und der Landtagsabgeordnete Bernd Wegner. Altmaier tritt im Wahlkreis 297 Saarlouis außerdem als Direktkandidat an.

KADE STEIGT BEI WELTN24 AUF

Claudia Kade (45) ist seit dem 1. Juni Leiterin des Politikressorts neben Marcus Heithecker, Jacques Schuster und Lars Schroeder bei WeltN24 in Berlin. Zuvor war sie stellvertretende Ressortleiterin Politik. Kade berichtet an den Chefredakteur Ulf Poschardt.

AUS DEN MINISTERIEN

BMBF ZU WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFTEN

Tagung des Bundesbauministeriums zum Thema „Stärkung des genossenschaftlichen Wohnens – Strategien und übertragbare Ansätze“, u.a. mit dem Staatssekretär im Bundesbauministerium Gunther Adler, dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesjustizminister Christian Lange und dem Präsidenten des GdW Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmer Axel Gedaschko Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Stresemannstraße 128-130, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

WORTE DER WOCHE

»Ich erhoffe mir, dass Schulz gemeinsam mit Frankreichs Präsident Macron dafür sorgt, dass Demokratie und Zusammenarbeit auf europäischer Ebene gestärkt werden und wir endlich mehr in unsere Jugend, in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren.«

Regina von Flemming, Aufsichtsrätin von TeleSystems, auf der Jahreskonferenz des SPD-Wirtschaftsforums.

»Daher möchte ich die Bedeutung der Beziehungen zur Nachbarschaft der EU-Ostsee-strategie unterstreichen. Ich denke da besonders an Russland. Denn wir können im Ostseeraum zeigen, dass eine enge regionale Zusammenarbeit mit Russland möglich ist und auch positive Zukunftsperspektiven eröffnet.«

Außenminister Sigmar Gabriel spricht sich für eine partnerschaftliche Beziehung zu Russland aus.

»Wir finden, dass der Ansatz, europäische Politik von nationalen Parteien machen zu lassen, obsolet ist.«

Yanis Varoufakis, früherer griechischer Finanzminister, plant eine Kandidatur seiner transnationalen Bewegung DIEM25 zur Europawahl.

»Ich habe uns das Chaos eingebracht, ich werde uns aus diesem Chaos herausholen.«

Die britische Premierministerin Theresa May nach dem Wahl-Debakel zu den Tories.

»Wir werden keine gute Entwicklung der Welt haben, wenn nicht alle Kontinente an einer solchen Entwicklung teilhaben. Das bedeutet vor allen Dingen auch, dass der afrikanische Kontinent in den nächsten Jahren auf seinem Entwicklungspfad vorankommen muss.«

Angela Merkel über die Notwendigkeit Fluchtursachen in Afrika zu bekämpfen.

»Es braucht keine Geheimiskrämerei. Die heutigen Regeln kommen alle aus der Zeit des Kalten Krieges.«

Sigmar Gabriel, Bundesaußenminister, will dem Bundestag ein Mitspracherecht bei Rüstungsexporten einräumen.

»Die Situation von Air Berlin ist prekär, sonst würde so ein Antrag auf Bürgerschaft nicht gestellt.«

Brigitte Zypries, Bundeswirtschaftsministerin.

TERMINE

21.6. CDU/CSU-BT-FRAKTION ZUR EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSUNION

Fachgespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Eine europäische Verteidigungsunion: Sicherheitspolitik als integrierender Faktor“, u.a. mit Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, dem stellvertretenden tschechischen Verteidigungsminister Daniel Kostoval und dem Rechtsberater des Europäischen Zentrum für politische Strategie beim Präsidenten der EU-Kommission Prof. Christian Calliess Reichstagsgebäude, Platz der Republik 1, 11011 Berlin (Anmeldung erforderlich)

21.6. AGENTUR FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN ZU BIOKRAFTSTOFFEN

Konferenz der Agentur für Erneuerbare Energien zum Thema „Biokraftstoffe: Verbrannt oder verkannt?“, u.a. mit dem ehemaligen Bundesumweltminister Jürgen Trittin, dem stellvertretenden Leiter des Johann Heinrich von Thünen-Instituts Dr. Heinz Stichnothe und dem Leiter des Forschungsgebiets Recht der erneuerbaren Energien und Energiewirtschaft bei der Stiftung Umweltenergierecht Dr. Hartmut Kahl Hotel Aquino, Hannoversche Straße 5b, 10115 Berlin (Anmeldung erforderlich)

22.6. VORSTELLUNG DES GRÜNBUCHS ALTERNDE GESELLSCHAFT

Diskussionsveranstaltung von Population Europe, des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung und des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft zum Thema „Veröffentlichung des Grünbuchs: Alternende Gesellschaft - Wie das „Neue Altern“ unsere Gesellschaft verändert“, u.a. mit dem Mitglied des Vorstandes der ver.di Jugend Isabell Senff, dem Sprecher der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen Dr. Wolfgang Gründinger und dem Leiter Macro Implications of Demographic Change am Munich Center for the Economics of Aging Dr. Christian Hunkler Wissenschaftsforum, Markgrafentelestraße 37, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)